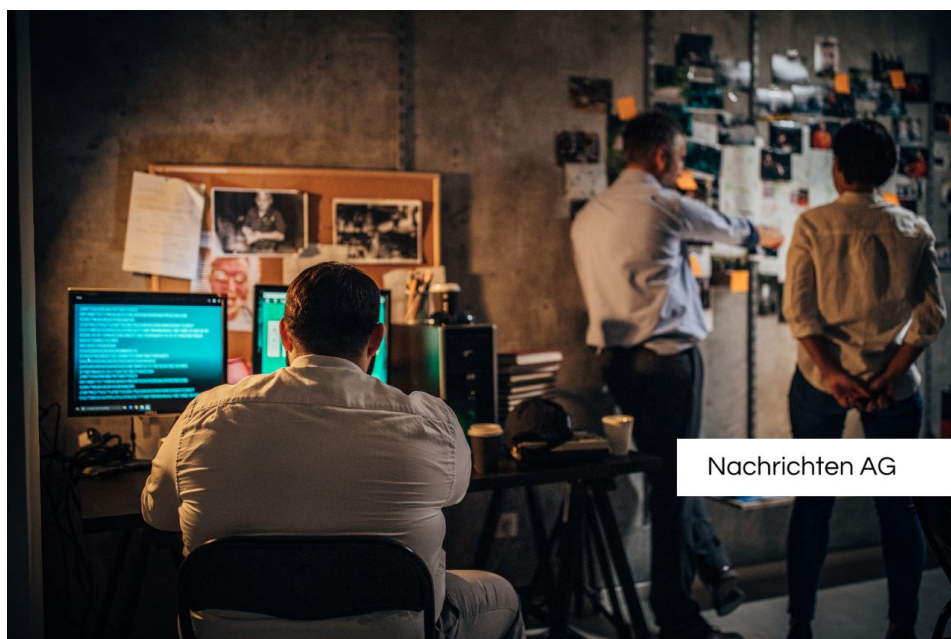


Urteil im Rechtsrock-Prozess: Gewalt und Hass auf der Anklagebank!

Am 22.04.2025 erwartet das Landgericht Lüneburg das Urteil gegen fünf Männer wegen rechtsextremer Musikverbreitung.



Nachrichten AG

Lüneburg, Deutschland - Am 22. April 2025 wird am Landgericht Lüneburg das Urteil gegen fünf Männer erwartet, die wegen der Produktion und des Vertriebs rechtsextremer Musik angeklagt sind. Die Staatsanwaltschaft sieht die Angeklagten als Teil einer kriminellen Vereinigung, die menschenverachtende Inhalte verbreiten. Die Richter haben sich während des Prozesses mehrere Musikstücke angehört, die Hass und Gewalt gegen Andersdenkende propagieren, darunter Tötungsphantasien und die Verherrlichung des Holocaust.

Die Musik der Angeklagten wurde über ein Label vertrieben, das nach der KZ-Aufseherin Irma Grese benannt ist. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle fordert für den

Hauptangeklagten Lasse K. eine Haftstrafe von mehr als zwei Jahren und die Einziehung von über 70.000 Euro. Neben Lasse K. sind auch Michael K. und Stefan K. angeklagt, die arbeitsteilig beim Vertrieb der Musik agiert haben sollen. Während Lasse K. im Prozess teilweise gestanden hat, bestreitet er die Existenz einer kriminellen Struktur und bezeichnet sich selbst als Schallplattensammler, der lediglich ums Geldverdienen bemüht gewesen sei.

Vorwürfe und Verteidigung

Die Verteidiger der Angeklagten fordern einen Freispruch und argumentieren, dass es sich nicht um eine kriminelle Vereinigung handle. Sie betonen, dass der Hauptangeklagte Lasse K. bloß mit dem Verkauf von Schallplatten Geld verdienen wollte, ohne politische Ziele zu verfolgen. Zudem wird eine kürzere Haftstrafe gefordert, die auf Bewährung ausgesetzt werden soll. Im Prozess ist auch bekannt geworden, dass Lasse K. bereits 2020 wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt wurde.

Im Zuge der Ermittlungen wurden bundesweit Gebäude durchsucht. Laut den Staatsanwaltschaften wird ein „übergeordnetes Ziel“ in der Verbreitung rechtsextremer Inhalte gesehen, was die Schwere der Vorwürfe unterstreicht. Wie die **NDR** berichtete, wird für den Hauptangeklagten eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und acht Monaten gefordert, was die gravierenden Vorwürfe gegen ihn und seine Mitangeklagten verdeutlicht. Auch die **Tagesschau** hebt die schwerwiegende Natur der Anklage hervor und beschreibt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als professionelles Netzwerk in der Verbreitung von rechtsextremer Musik.

Details	
Vorfall	Rechtsrock
Ort	Lüneburg, Deutschland

Details	
Festnahmen	5
Schaden in €	70000
Quellen	• www.ndr.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de